

Demokratischer Sozialismus, Runde Tische und drei Säulen.

Kommentar zur Programmdebatte der LINKEN

Teil III des Programmentwurfs – „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“.

Dieser Kommentar basiert auf einem Input zu Teil III des Programmentwurfs, gehalten auf einer Diskussionsveranstaltung im Kreisverband München am 24.6.2010

Den Dritten Teil des Programmentwurfs vorzustellen, zu diskutieren und in die entsprechende Debatte innerhalb der Partei dazu einzuordnen, bereitet einige Schwierigkeiten. Diese sollen hier in einigen einleitenden Bemerkungen genannt werden.

Im Entwurf folgt der Abschnitt „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ einem Abschnitt, der sich ausführlich der Beschreibung gegenwärtiger und vergangener „Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation“ widmet, um schließlich in Ausführungen zu „Imperialismus und Krieg“ zu gipfeln. Danach erfolgt ein gewissermaßen erzählerischer Bruch. Denn gerade der Beschreibung einer Problemlage, die mit den Begriffen „Imperialismus“ und „Krieg“ gekennzeichnet wird, folgt nun nicht weniger als der „Demokratische Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. In einem einleitenden Teil des dritten Abschnitts wird der Zusammenhang zum Vorangegangenen insofern hergestellt, als die Feststellung getroffen wird, der Kapitalismus sei nicht das „Ende der Geschichte“ und auch heute erhebe sich die Frage „Sozialismus oder Barbarei“ – die Luxemburg schon hundert Jahre zuvor gestellt habe.

Wege jedoch, die einzuschlagen seien, um Sozialismus zu erreichen, Barbarei zu verhindern, den Kapitalismus zu überwinden, finden sich in diesem Abschnitt eher auf der Ebene der Andeutung. Der Leser, die Leserin müssen über diesen Teil schon selber hinausdenken, um darin die Beschreibung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung oder Wege dahin zu entdecken. Dies ist die erste Schwierigkeit, die der Abschnitt bietet. Zwischen den Krisenerscheinungen unserer Tage und dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ klafft eine bedeutende Lücke.

Eine zweite Schwierigkeit besteht in der sehr sparsamen Beschreibung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Im Wesentlichen werden hier Elemente der Eigentums- und Eigentumsregulationsfrage verhandelt. Ich glaube, dass bedeutsame Elemente einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ausgelassen werden.

Die dritte Schwierigkeit besteht darin, dass gerade über diesen Abschnitt in der Partei wenig gesprochen oder geschrieben wird. Die Sichtung der vorhandenen schriftlichen Wortmeldungen zur Programmdebatte zeigt dies. Julia Bonk und Christoph Spehr bemängeln, die Ausführungen zu einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung seien doch sehr wenig konkret. (Bonk, Spehr: Zum Programmentwurf, 23.3.2010) Zuletzt hat sich der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer zu Wort gemeldet. (Lederer: Beim Eigentum zu kurz gegriffen, 5.7.2010, ND). Er befasst sich dabei in erster Linie mit den Ausführungen dieses Dritten Teils des Programmentwurf. Dennoch wird auch hier nicht der „Demokratische Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ diskutiert. Und dies liegt am Entwurf.

In der Tat ergibt die Sichtung der Wortmeldungen zu dem Thema entweder das Bild von Desinteresse gerade an der Frage, was „Demokratischer Sozialismus“ eigentlich sei, oder natürlich von großer Einigkeit und wenig Widerspruch in diesem Punkt. Ich vermute, die erste Annahme trifft zu. Erläutert wird dies in einer Wortmeldung von Fabio de Masi, Alexander Neu und Harald Schindel: *„Der Streit der Philosophen über `demokratischen Sozialismus` ist*

überflüssig, wenn wir uns über Anforderungen an linke Landesregierungen oder die Etappen zu einer demokratischen Erneuerung der Bundesrepublik nicht verständigen.“ (de Masi, Neu, Schindel: Ein Programm das Zukunft atmet, jw, 14.5.2010.)

Schwerpunkte der Programmdebatte liegen also an anderen Stellen und genau dies macht es entsprechend schwierig, diesen Teil der Diskussion in der Partei einzuordnen, zumal der Abschnitt weder in den programmatischen Eckpunkten, noch in den letztgültigen Programmen von WASG und PDS eine Entsprechung findet. Im Programm der PDS von 2003 spielt allerdings der Begriff selbst eine Rolle und es wird dort auch der Versuch einer Beschreibung unternommen. Motive aus dieser Beschreibung finden sich nun im dritten Abschnitt des Programmentwurfs wieder. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Übersicht über den Dritten Teil des Programmentwurfs

Den Beginn nimmt – wie erwähnt – die Feststellung, der Kapitalismus sei nicht das Ende der Geschichte. Und es wird ein Motiv aufgenommen, das wortgleich im Godesberger Programm der SPD enthalten ist. Die Rede ist von einer *„Gesellschaft der Freien und der Gleichen“* – dies ist auch die Godesberger Formulierung – *„in der Demokratie und Frieden herrschen, in der die Gleichheit der Geschlechter gewährleistet ist und die Natur bewahrt wird, ist nur möglich, wenn die Vorherrschaft des Kapitals über die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Natur zurückgedrängt und gebrochen wird“*. Diese klare Vorbedingung für den gesamten Abschnitt ist dann auch eine Erklärung dafür, dass der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ fast ausschließlich als Frage der Verfügung über und Regulation des Eigentums verhandelt wird. Zentrale – man möchte meinen – hauptwidersprüchliche Frage ist hier die „Vorherrschaft“ des Kapitals. „Gleichheit der Geschlechter“ ist nur unter der Prämisse des der `Lösung` der Eigentumsfrage zu denken. So spricht der Programmentwurf.

Im Folgenden ist dann die Rede von einem „Aufbruch“, der „einzuleiten“ sei. Ein Aufbruch wohin? Zu – erstens – einer anderen Art zu arbeiten. Zweitens zu einer anderen Weise der gesellschaftlichen Produktion und des Verhältnisses zur Natur, drittens zu wirklicher Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft und schließlich viertens zu umfassender internationaler Solidarität und gemeinsamer Entwicklung. Bezug nehmend auf einen *„ersten großen Versuch im 20. Jahrhundert, eine nichtkapitalistische Ordnung aufzubauen“* wird festgestellt, dieser sei an mangelnder Demokratie, Überzentralisation und ökonomischer Ineffizienz gescheitert. Als Konsequenz aus diesem Scheitern folge die Verpflichtung, das Verständnis von Sozialismus neu zu bestimmen. Es gäbe keine Freiheit ohne Gleichheit, ebenso keine Gleichheit ohne Freiheit.

Im Anschluss also an eine Bestandsaufnahme und Diagnose, an die Formulierung der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Aufbruchs, an Hinweise zum Scheitern und zu Gründen des Scheiterns des „Realsozialismus“ und auch an die Feststellung, einige lateinamerikanische Länder versuchten bereits den Ausbruch aus „neoliberaler Logik“, wird der Versuch einer Beschreibung des „demokratischen Sozialismus“ vorgenommen.

Den weiteren Verlauf des Dritten Abschnitts markieren Unterpunkte, die fast ausschließlich die Eigentumsfrage verhandeln. Sie lauten „Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie“, „Öffentliches und Belegschaftseigentum“, „Kleine und mittlere Unternehmen“ und „Eine wirkungsvolle demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung.“

Verstaatlichungsprogramm?

Es hat zu diesem Teil des Entwurfs nach seiner Veröffentlichung manche Kritiken gegeben. Birke Bull, Mitglied der Programmkommission wendet ein, der Text erwecke den Eindruck, „als läge die Alternative in einer umfassenden Verstaatlichung“. (Bull: Vorgelegter Programmentwurf der LINKEN braucht Widerspruch, 20.3.2010). Neben vielen anderen drückte auch Ulla Lötzer diesbezügliche Skepsis aus. (Lötzer: Mehr Staat ist nicht automatisch links, Interview taz 29.3.2010). Ausführlich kritisiert Klaus Lederer diese Frage und verknüpft seine Kritik auch mit einem weiteren Aspekt. Denn inwieweit die Festlegungen bzw. Vorschläge im Entwurf, die sich mit der Eigentumsfrage und mit der Frage von Wirtschaftsdemokratie befassen, eigentlich mit der Frage des demokratischen Sozialismus verknüpft sind, bleibt merkwürdig offen. Zumindest wäre hier die Frage zu stellen, ob all die Vorschläge aus vier Unterpunkten – neben ihrer eigentlichen politischen Bewertung – den Blick auf und das Verständnis von Demokratischem Sozialismus tatsächlich verbessern. Ob sie hinreichend sind.

Es werden an verschiedenen Stellen Bereiche, ganze Branchen genannt, die nicht dem „kapitalistischen Profitstreben“ überlassen werden dürften. Genannt sind hier die Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Mobilität, Wohnen, soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Kultur. Die Erfüllung von Bedürfnissen in diesen Bereichen müsste öffentlich organisiert und garantiert werden. An Verstaatlichung dieser Bereiche ist dabei allerdings wohl kaum gedacht. Schwer vorzustellen, dass die LINKE tatsächlich die Forderung erheben wollte, privates Wohneigentum zu „verstaatlichen“. Unmöglich, auch nur anzunehmen, alles, was im Land sich kulturell betätigt, zu verstaatlichen oder öffentlich zu kontrollieren und zu garantieren. Was genau die LINKE dann allerdings meinen will, wenn sie beispielsweise den Bereich kultureller Dienstleistungen dem „kapitalistischen Profitstreben“ entziehen will, wird nicht deutlich. Die Formulierung, in der von öffentlicher Organisation und Garantie gesprochen wird, ist jedenfalls von großer Unbestimmtheit.

Etwas konkreter wird es, wenn es um „netzbezogene Dienstleistungen“ geht. „Stromversorgung, Telekommunikation, Eisenbahnverkehr und andere Dienste“ stellen natürliche Monopole dar. Befänden diese sich in privater Hand, so führe dies in „nahezu unvermeidliche[r] Folge“ zu Preiswucher. Daher, und aus der Sorge um Wartung und Instandhaltung der Netze, sollten diese in öffentlichem Eigentum bleiben oder dahin überführt werden. Neben „großen Naturreichtümern“ die in öffentliche Hand gehörten, wird auch der Bankensektor in diesem Sinne angesprochen. Der Finanzsektor wird als öffentliches Gut definiert und ein „Bankensystem aus drei Säulen“ vorgeschlagen: Sparkassen, Genossenschaftsbanken, staatliche Großbanken. Ob private Banken im In- und Ausland in diesem Modell überhaupt noch vorgesehen sind, wie mit ihnen umzugehen ist, ob sie im „3-Säulen-Bankensystem“ der LINKEN noch eine Rolle spielen oder spielen dürfen, bleibt gänzlich offen. Gerade der Vorschlag zum Finanzsektor kann durchaus ratlos machen. Bei allen diesen Vorschlägen bleibt schließlich ganz ungeklärt, wie die jeweiligen „Überführungen“ der Unternehmen in „öffentliche Hand“ überhaupt vonstatten gehen sollten.

Dennoch: Kritik am Entwurf, es handele sich um ein „Verstaatlichungsprogramm“, greift wohl zu kurz. Tatsächlich ist der Entwurf, in seinen spezifischen Forderungen viel zu wenig konkret, um diesen Anwurf wirklich zu rechtfertigen. Es ist viel die Rede von öffentlicher Kontrolle, demokratischer Vergesellschaftung. Dabei etwas nebulös, aber eben auch offen. Und es wird – im Kern – eine mixed economy vorgeschlagen. Zentral ist hier:

„Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder

kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden werden.“

Der Prozess wird als demokratisch diskutierter und gesteuerter Transformationsprozess verstanden. Und, unabhängig von begrifflichem Nebel und Unklarheit hinsichtlich der konkreten Wege zur „Vergesellschaftung“, ist dies als großer Vorteil zu sehen. Die Vorstellung eines transformatorischen Prozesses kennzeichnet die Vorschläge als diesseitig.

Dass es eben kein „Verstaatlichungsprogramm“ ist, wird an einer weiteren Stelle noch deutlicher:

„DIE LINKE kämpft für die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft. [...] In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie sie DIE LINKE anstrebt, haben verschiedene Eigentumsformen Platz; staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums“

Abseits also von Bereichen, die - unabwendbar – in öffentliche Hand gehörten, ist eigentlich nicht die konkrete Frage des Eigentums an Produktionsmitteln, sondern die der Regulation angesprochen. Zentral ist hier nicht, wer Eigentümer ist, sondern vielmehr, wie er/sie mit seinem oder ihrem Eigentum zu welchen Bedingungen verfahren kann. Jede Gesellschaft, jede staatliche Ordnung formuliert letztlich den Handlungsrahmen für EigentümerInnen. Dabei kann sie diesen verengen oder erweitern, unterwirft ihn in der Regel ohnedies gewissen sozialen, ökologischen, aber natürlich noch einigen weiteren Regulationen. Da der Programmentwurf darauf hinweist, verstärkt er den (wirtschafts-)demokratischen Anspruch der LINKEN und erteilt der Vorstellung einer umfassenden – realsozialistisch inspirierten – Verstaatlichung eine Absage, bleibt dabei freilich auch widersprüchlich. Statt in gegebener Ausführlichkeit Listen von Bereichen und Branchen zu erstellen, die in öffentliche Hand, öffentliche Kontrolle gehörten, dem kapitalistischen Profitstreben entzogen werden sollten, wäre es sicher gewinnbringender, Wege aufzuzeigen, wie dies konkret geschehen könnte. Zudem wäre stärkere Konzentration auf die Frage der Regulation (d.h. WIE sollten soziale und ökologische Maßstäbe beschaffen sein? Sind sie die einzigen Maßstäbe, die zu nennen wären? Und wie werden sie durchgesetzt?) sicher von Vorteil. Staatliches Eigentum schützt weder automatisch vor Misswirtschaft oder sozialer oder ökologischer Kostenexternalisierung, wie zahlreiche historische und gegenwärtige Beispiele zeigen. Ein demokratisch, sozial und ökologisch nachhaltig bestimmter Regulationsrahmen kann diese Prämissen für private, staatliche oder sonst wie kontrollierte Unternehmensformen gewiss sicherstellen, ließe er sich denn durchsetzen. Doch: Ist das eine oder das andere „demokratisch sozialistisch“? Definiert dies den „Demokratischen Sozialismus“?

Von Imperialismus und Krieg zum runden Tisch

In einem letzten Unterkapitel wird getan, was für den demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert eben noch notwendig erscheint. Dem Format nach eher einer Fußnote entsprechend, soll eine „wirkungsvolle demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung“ beschrieben werden. Diese besteht demnach aus: a) Einer zielgerichteten öffentlichen Investitionstätigkeit. b) Einer Politik, die gehalten sei, Vollbeschäftigung anzustreben, inländische Nachfrage zu stärken und für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu sorgen. Angestrebt werde eine fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit ohne Einkommensverlust. Angefordert wird weiter c) eine strategisch gestaltende

Strukturpolitik mit steuerndem Einfluss auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Und abschließend wird d) die Forderung nach „Runden Tischen“ oder Wirtschafts- und Sozialräten auf allen Ebenen erhoben. Einbezogen werden sollen hier Gewerkschaften, Kommunen, VerbraucherInnen, soziale und ökologische Interessensverbände. Dort soll erarbeitet werden, was „orientierendes allgemeines Interesse“ sein könnte. Diese Runden Tische sollten dann die Möglichkeit erhalten, sozial oder ökologisch schädliche Vorhaben zu stoppen oder gesetzgeberische Initiativen einzuleiten. Was hier, mehr schlagwortartig angedeutet wird, versucht überdeutlich Lücken zu füllen, die angesichts der dominanten Abhandlung der Eigentumsfrage aufgetreten sind. Das ist bedauerlich und wird dem Anliegen nicht gerecht. Angesichts der Tatsache, dass ja der vierte Abschnitt „Linken Reformperspektiven“ gewidmet ist, stellt sich jedenfalls die Frage, warum diese Andeutungen politischer Schritte dort keinen besseren Platz gefunden haben. Angesichts auch der – den zweiten Abschnitt schließenden – Beschreibung der Krisen unserer Zivilisation, der Gegenwärtigkeit von „Imperialismus und Krieg“, der Feststellung dann, der Kapitalismus sei keineswegs das Ende der Geschichte und gar der Fragestellung nach „Sozialismus oder Barbarei“ den „Demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ mit Runden Tischen zu beschließen, setzt durchaus etwas Ernüchterung ein.

Sozialismus im 21. Jahrhundert

Die Erwartung, in diesem dritten Abschnitt werde „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ als gesellschaftliches System, also als konkreter Gegenentwurf verhandelt, wird hier ganz sicher enttäuscht. Dies wirft auch einige Fragen auf. Warum zum Beispiel wird im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ nur plakativ über Geschlechterverhältnisse gesprochen? Nur unausgegoren darüber, wie ein „sozial-ökologisches“ Wirtschaften aussehen könnte? Warum gar nicht über Sozial- und Sicherungssysteme? Warum werden alle diese Fragen (und weitere) ausgeblendet und auf die Fragen nach der Eigentumsstruktur und demokratischer Mitbestimmung verdichtet?

Die – auf der Hand liegende – Antwort lautet: Es handelt sich bei diesem Kapitel nicht um die Beschreibung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das kann und will dieser Abschnitt nicht leisten. Und er könnte es auch nicht, da Ausformungen einer sozialistischen Gesellschaft das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, von Transformations- und Reformprozessen wären, in der die Partei der LINKEN eine, aber wohl nicht die bestimmende Rolle spielen würde. Die Partei hat sich von Avantgarde-Vorstellungen getrennt. Und – un gelenkt zwar – dokumentiert sie dies mit dem dritten Abschnitt des Programmentwurfs. Einen sozialistischen Gesellschaftsentwurf kann und will sie nicht vorlegen.

Stattdessen beschreibt der Abschnitt in seinen entscheidenden Teilen einem Dreiklang des Verständnisses des demokratischen Sozialismus, der schon dem PDS-Programm von 2003 zu entnehmen war. Demokratischer Sozialismus wird hier verstanden als 1) Wert oder Werteordnung, 2) als Weg im Sinne eines transformatorischen Prozesses und gesellschaftlich-politischer Intervention und 3) als gesellschaftliche Zielvorstellung, die dann aber nicht starr, sondern stets als beweglich und demokratisch flexibel gesehen wird.

Auf diesen Dreiklang weist der Programmentwurf sehr deutlich hin:

„Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit [Erste Bedeutung, Demokratischer Sozialismus als Wertesystem] Diese bestimmen auch die Mittel auf dem Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Demokratischer Sozialismus fördert die

Entfaltung der zivilisatorischen Entwicklungspotentiale der Gesellschaft und zielt auf grundlegende Veränderungen der herrschenden Eigentums-, Verfügungs-, und Machtverhältnisse. Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen [Zweite Bedeutung] und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird. [Dritte Bedeutung]

Die dritte Bedeutung der gesellschaftlichen Zielvorstellung stellt sich dabei immer noch als der angestrebte transformatorische Prozess selbst dar. Die Verhältnisse wollen gestürzt sein, doch aus Sicht der AutorInnen des Entwurfs bleibt von jener transzendenten Heilserwartung, die die gesellschaftliche Linke so oft beschwert, die sie zur Glaubensgemeinschaft zu machen droht, wenig übrig. Das ist erfreulich.

Warum gibt es dieses Kapitel überhaupt?

Angesichts des widersprüchlichen, teils auch unzureichenden Bildes dieses dritten Abschnitts stellt sich die Frage, welchen Nutzen das Kapitel in der „Gesamterzählung“ des Programmentwurfs hat. Es folgt einem deskriptiven Teil, der die Krisen unserer Zeit beschreibt und es ist einem Kapitel vorangestellt, in welchem linke Reformvorhaben und –projekte beschrieben werden. Es nimmt sich vor, den Demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts darzustellen, definiert ihn und ergeht sich dann in einerseits nebulösen (was Wege und Formen betrifft) und konkretistischen (was Charakterisierung von Handlungsfeldern betrifft) Abhandlungen zur Eigentumsfrage, um schließlich einige unvollständige Hinweise zum Thema „Umgestaltung der Gesellschaft“ einzuwerfen. Die Betrachtungen zur Eigentumsfrage und die Punkte, die sich mit Demokratisierung und sozial-ökologischer Umsteuerung befassen, wären im vierten Abschnitt „Linke Reformperspektiven“ etwas überarbeitet sicher gut und besser aufgehoben. Und die gute Charakterisierung des Demokratischen Sozialismus eignete sich sicherlich, um den ersten Abschnitt „Woher wir kommen, wer wir sind“ durch Aufgreifen der vorliegenden Beschreibung des Demokratischen Sozialismus als Wertesystem, Weg und gesellschaftliche Zielsetzung abzuschließen. Beiden Anliegen, dem Demokratischen Sozialismus eine Beschreibung zukommen zu lassen und auch Forderungen nach umfassender Wirtschaftsdemokratie zu erheben, ließe sich so besser Rechnung tragen.

Die Beschreibung des Demokratischen Sozialismus in der vorliegenden Form erscheint insgesamt auch als zu wichtig, um sie über Bord zu werfen. Die Absage an die Vorstellung eines revolutionären Bruchs im Sinne eines „Systemhopping“, die Formulierung eines langfristigen, demokratischen transformatorischen Prozesses und die Definition des Demokratischen Sozialismus als Wert, Weg und Ziel hätten es darüber hinaus verdient, zu Beginn des Programms benannt zu werden, um dann, in ihren „3-Säulen“ als roter Faden und als Thema an verschiedenen Stellen widergespiegelt und ins Konkrete gesetzt zu werden. Die überaus mächtige Kapitelüberschrift „...im 21. Jahrhundert“ müsste dann freilich entfallen. Und um solcherlei Verlust an Pathos wäre es gar nicht einmal schade.

Andreas Thomsen, 12.7.2010